

Neue-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet...

[Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei gewöhnlicher Befreiung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 1 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung...

Mr. 55.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 3. Februar.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

** Berlin, 2. Febr. Der Kaiser besuchte heute vormittag in Sied das Seminarsgebäude und wohnte der Andienung des von ihm gesendeten Modells eines Schiffes von der fürstbischöflich-burgundischen Flotte bei...

Graf Murawjoff

* Ueber Zweck und Erfolge der Reise des Grafen Murawjoff ertheilt die „Köln. Zig.“ folgende anscheinend offizielle Auskunft:

In der Reichshauptstadt, die er erst vor kaum drei Jahren noch langjährig Aufenthalt als russischer Botschaftsrath verlassen hatte, fand er vertrauten politischen Boden; den jetzigen Reichskanzler Fürsten Bismarck hatte er wieder; als dieser Botschafter in Paris war, feinen gelebt; die Zeit, die er am Sonntag zum Reichskanzler und dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes abstrakte, ermöglichten ihm, in allen schwebenden politischen Fragen sich über die Auffassung der deutschen leitenden Staatsmänner zu unterrichten...

Zur Verhandlung unter den Liberalen.

* Seitens des geschäftsführenden Ausschusses der freijünglichen Vereinigung ist gestern das folgende verhandigte Schreiben an die freijüngliche Volkspartei abgegeben:

Berlin, den 2. Febr. 1897.

An den geschäftsführenden Ausschuss der freien Volkspartei zu Händen des Herrn Abg. Eugen Richter als Vorsitzenden.

Sehr geehrte Herren! Aus Ihrer Antwort vom 31. Jan. auf unser Schreiben vom 20. Jan. erfahren wir zu unserem Bedauern, daß Sie nicht nur abgelehnt sind, auf der von uns vorgelegenen Grundfrage eine Verständigung für die nächsten Wahlen herbeizuführen, sondern überhaupt ablehnen, schon jetzt in eine Erörterung über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen einzutreten...

wesen, wenn die Parteistellungen, entsprechend zahlreich Kundgebungen der öffentlichen Meinung, sich gemeinsam für die Nothwendigkeit eines derartigen Vorgehens ausgesprochen hätten. Sollte der Centralausschuß der freijünglichen Volkspartei im Verlaufe der Wahlbewegung bei Annäherung des Wahltermins eine Ermächtigung zu Verhandlungen über eine Kooperation in den das bezeichneten Vorhaben enthalten wie das am Schluß Ihres Antrages für uns nicht ausgeschlossen erklärt wird, so bleiben wir zur Erörterung solcher Vorschläge bereit.

Dodachungsvoll

Der geschäftsführende Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen (Sitz Berlin, Str. 54.) Ridert, Hamburger, K. Schröder, Barth, H. Bahndtke, Fr. Goldschmidt, Paul Jonas.

Parlamentarischer.

* Im Herrenhause werden die Plenarsitzungen am 15. d. wieder aufgenommen werden. Nach den vorläufigen Dispositionen sollen an diesem Tage Beratungen und kleinere Vorträge zur Erledigung kommen. Am 16. Febr. soll jedoch die Beratung des Grafen Frankenberg'schen Antrages betr. die Schiffsfahrts, fortgesetzt werden. Am 17. wird das Lehrerbildungsgezet auf die Tagesordnung gesetzt...

** Berlin, 2. Febr. Die Kommission des Herrenhauses für das Lehrerbildungsgezet hat heute den § 3 (einseitige Lehrer) überarbeitet an. Die §§ 4 (Verbindung eines Schuls- und Kirchenamts), 5 (Alterszulagen), 6 (Höhe der Alterszulagen) und 7 (Anspruch auf Alterszulagen) wurden vorläufig von der Beratung zurückgestellt. Beim § 8 (Alterszulagen) traten die Gegner in der Kommission schon hervor. Von den Vertretern der Kirche wurde das ganze System als unzureichend verworfen. Oberbürgermeister Becker stellte den Antrag auf Streichung der Bestimmung; der Antrag wurde von den Ministern v. Miquel und Hoffe, sowie von den konservativen Kommissionsmitgliedern entschieden abgelehnt...

In das Grundgesetz sind bei dauernder Verbindung eines Schuls- und Kirchenamts auch die Einkünfte aus dem zur Erhaltung des vereinigten Amtes bestimmten Schuls-, Kirchen- und Stiftungseinkünften einfließen, der Zuschlag aus Kirchenstellen und von Kirchengemeinden, sowie der sonstigen Einnahmen aus dem Kirchenvermögen einzurechnen. Dabei findet die Vorschrift des Art. 1, § 4, Absatz 4 des Gesetzes betreffend die Vereinigung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 6. Juli 1885 keine Anwendung...

Bei dauernder Verbindung eines Schuls- und Kirchenamts soll das Grundgesetz (§ 2) der Stelle ein entsprechendes höheres Amt, als in dem § 2 bestimmt ist.

** Berlin, 2. Febr. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat den Antrag Scherz's (freil.) betr. Abänderung des Kommunalenergiegesetzes ebenso wie den Abänderungsantrag Fries's (sonst.), welche auf eine geringe Belastung des Grundbesitzes und Erhöhung der Zuschläge zur Staats-einkommensteuer hinauslaufen, mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

* Hamburg, 2. Febr. Die Wiederwahl des Margarinefabrikanten Wob in den Landtag scheint gesichert. Von 260 Wahlmännern erklärten sich 141 für Wob. — O, o!

* Karlsruhe, 2. Febr. Die Stichwahl im 8. Reichstags-Wahlkreis ist definitiv auf den 11. Febr. angelegt. Der sozialdemokratische „Volkswacht“ proklamiert für die Sozialdemokraten Wahlkampfpläne. Eine offizielle Kundgebung der Partei liegt noch nicht vor.

* Meiningen, 2. Febr. Der Landtag genehmigte einstimmig im Etat vorgeschlagenen Steuern.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Das Staatsministerium trat gestern nachmittag unter Vorsitz des Justizministers in einer Sitzung zusammen.

* Die Grundzüge der Umgestaltung der preussischen Verwaltungsbehörden sind in der Medizinabtheilung des Staatsministeriums fertiggestellt. Der Minister beabsichtigt jedoch, die Grundzüge der Reform, bevor dieselben in die Form eines Gesetzentwurfs gefaßt werden, in einer freien Kommission zur Erörterung zu stellen. Zu dieser Kommission sollen hervorragende medizinische Autoritäten und bewährte Verwaltungsbeamte angezogen werden; es sollen aber auch Mitglieder der beiden Häuser des Landtags, die für die Medizinreform früher Interesse zu erkennen gegeben haben, oder auf deren Rath in der Frage besonderes Gewicht zu legen ist, betheiligt werden. An verschiedene Mitglieder des Abgeordnetenhauses hat der Staatsminister eine Einladung zur Theilnahme erlassen. Wann die Kommission zusammentreten wird, ist noch nicht bestimmt.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister angefaßt des ungenügenden Ausbaus der Eisenbahn in der Westphalen der sächsischen Provinzen genehmigt, daß für Torfwerke und Torfmühl in vollen Grundbesitzungen nach Dillpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern östlich der Oder bis zum 1. Sept. 1897 eine außer-

ordentliche Bahnverkehrsmäßigung von 25 Prozent gegenüber dem allgemeinen Tarif gewährt wird.

Volkswirtschaftliches.

* Der Reichsausschuß veröffentlicht landespolizeiliche Anordnungen des Regierungspräsidenten in Königsberg (Ostpr.) betr. die Zulassung von Fremden, die in Preußen ihren Standort haben, im kleinen Grenzgebiet sowie die Zulassung von Neu- und Stroh in jenem Grenzgebiet aus russischen Grenzdistrikten und die Durchfuhr von Neu- und Stroh in besagten Zustände. Ansehend handelt es sich dabei um Gegenstände, welche denkwürdig bei den Zollverhandlungen mit Rußland gemacht worden sind.

* Als Ergebnis der Konferenz, welche im Reichs-Gewerbeamt aus Anlaß der Festsetzung getagt hat, ist ein Einfuhrverbot gegenüber den vertriehen Gebieten beschlossen worden. Die bereits vor dem Zusammentreten der Konferenz erlassenen Auarantienbestimmungen bleiben in Kraft. Die Untersuchung einer wissenschaftlichen Kommission nach Dänemark zwecks Studiums der Beulenpest und ihrer ärztlichen Behandlung ist zwar in Anregung gebracht worden, doch liegt eine Entscheidung über diesen Vorschlag noch nicht vor, ebenso wenig wie über die etwa als Mitglieder der Kommission in Betracht kommenden Persönlichkeiten bereits irgendwelche Befehle ergaßt worden ist.

X. Man schreibt uns: Die 151 Fabriken, die, wie bereits gemeldet, am letzten Sonnabend in Berlin das „Deutsche Industrieblatt“ gegründet haben, repräsentieren nach zuverlässigen Informationen nur eine Reproduktion von 9 Mill. Str. d. h. etwa 24 Proz. der Produktion, während die Zahl der Fabriken etwa 38 Proz. der deutschen Fabriken ausmacht. Es ergibt sich daraus, was übrigens auch von vornherein erwartet werden konnte, daß sich in ganz überwiegendem Maße die kleineren Betriebe an der Syndikatsbildung betheiligt haben. Das Syndikat will seinen Zweck, den Fortschritt des Fortschritts zu regeln, und „rational“ ausgenutzt und damit das „unrationale“ vorkommende einseitige Lebensangebot zu beizugehen, durch drei Mittel erreichen:

1. Will es dadurch, daß alle Verträge durch seine Hand gehen müssen, einen genaueren Ueberblick über die Marktsverhältnisse gewinnen. 2. Will es einen Theil der Produktion seiner Mitglieder einlagern und ihn nicht unter einem bestimmten Preis fortgeben. Und 3. sollen die Mitglieder beim Absatz ihrer übrigen Produktion nach Monats- und Wochenraten beschränkt werden.

Ein wesentlicher Erfolg des Syndikats erscheint namentlich bei der sehr geringen Beizahlung angegeschlossen. Seine Vergrößerung hat auch auf den Markt mit im geringsten stützenden eingegriffen.

Unter Vorhiss des Reichstagsabgeordneten Mörike trat am Montag der Ausschuss des Verbandes der deutschen Verleger offen in Berlin zur Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze zusammen. Die Novellen sind im allgemeinen befällige Aufnahme. Im besonderen sprach sich der Ausschuss für die im Entwurf enthaltene Ausdehnung der Versicherungspflicht um für die sog. Wolltextilindustrie aus. Derselbe bezieht sich auf die bisherige Karenzzeit zu belassen mit der Maßgabe, daß die Verrichtungen der Berufsangehörigen bezüglich derjenigen Fälle, welche innerhalb der Karenzzeit ihrer Erledigung finden, mit dem Tage der Beendigung des Heilverfahrens beginnen sollen. Einmüthig war man der Meinung, daß in Bezug auf die Verrechnung der Umlage derselben eine Abänderung eintreten sollte, als derselbe die wirtschaftlichen Schäden zum Grunde zu nehmen. Weiter wurde die Beratungen fortgesetzt, dieselben werden voraussichtlich mehrere Tage dauern.

Arbeiterbewegung.

* In Hamburg sollen gegen 90,000 M. Streikunterstützung ausgezahlt worden sein, und zwar pro Kopf 8 M., eierlei ob Verheirathete oder Unerheirathete. Die Schauerleute gaben 50 Pf. ab als Unterstützungsfonds für obdachlos gewordene Kollegen. Die Hauswirthe verhielten sich am 1. Februar, dem Wochentag, sehr verchieden. Einige flagten auf Auslegung, viele kündigten den streikenden Mittellosen auf den 1. Mai, einige ließen Ermäßigung der Miete eintreten, andere haben diese ganz erlassen. Am Ferienort maldet sich 50 bisher streikende zur Arbeit, wurden aber abgewiesen, da die benöthigten Arbeitskräfte angeblich vollständig vorhanden waren.

* Die Delegirtenversammlung der Christlichen Bergarbeiter-Vereine Deutschlands hobte am Dienstag in Bochum einstimmig folgenden Beschluß. Der Delegirtenausschuß hat die Entschiedenheit der Bergarbeiter für die Erreichung eines Familienlohns hin, derraß, daß vom Jahre eine normale Familie von 6 Personen sich ihren Arbeits- und Standesverhältnissen entsprechend unterhalten und durch einen Sparplan für event. Unglücksfälle und für das Alter sich eine Verbesserung ihrer Lage sichern kann. Der Delegirtenausschuß hat die Entschiedenheit der Bergarbeiter für die Erreichung eines Familienlohns hin, derraß, daß vom Jahre eine normale Familie von 6 Personen sich ihren Arbeits- und Standesverhältnissen entsprechend unterhalten und durch einen Sparplan für event. Unglücksfälle und für das Alter sich eine Verbesserung ihrer Lage sichern kann. Der Delegirtenausschuß hat die Entschiedenheit der Bergarbeiter für die Erreichung eines Familienlohns hin, derraß, daß vom Jahre eine normale Familie von 6 Personen sich ihren Arbeits- und Standesverhältnissen entsprechend unterhalten und durch einen Sparplan für event. Unglücksfälle und für das Alter sich eine Verbesserung ihrer Lage sichern kann.

